

niedersachsen magazin

5

Mai 2022 • 84. Jahrgang

NBB – Niedersächsischer Beamtenbund
und Tarifunion

Dienstreisen der Zukunft???

Seite 5 <

Pressegespräch
Bildungsverbände
NBB

Seite 7 <

Landesenioren-
vertretung ist aktiv

Seite 4 <

Anhebung
Wegstrecken-
entschädigung
und Reisekosten



Sehr geehrte Kolleginnen, sehr geehrte Kollegen,

die furchtbaren Bilder aus der Ukraine begleiten uns nach wie vor tagtäglich und rufen allenthalben Bestürzung hervor.

Mittlerweile leben wir seit mehr als zwei Monaten mit der Realität eines Krieges auf europäischem Boden, ungewiss, inwieweit sich diese kriegerische Auseinandersetzung in der unmittelbaren Zukunft noch weiter entwickeln wird. Die Auswirkungen dieses Krieges spüren wir schon jetzt und sind nahezu alle mehr oder weniger davon direkt betroffen.

Zum einen sind wir in vielen Bereichen mit der Betreuung und Begleitung der geflüchteten Menschen befasst – eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, der sich die Kolleginnen und Kollegen abermals mit allem Engagement stellen.

Gleichzeitig spürt man mittlerweile deutlich die persönliche Betroffenheit unserer Beschäftigten. So nehme ich als Ergebnis zahlreicher Gespräche mit Mitgliedsgewerkschaften und -verbänden, mit direkt betroffenen Kolleginnen und Kollegen, von Woche zu Woche eine Zunahme der Ängste und auch der wirtschaftlichen Sorgen wahr.

Dabei dürfte eines sicher sein: Selbst wenn der Krieg in der Ukraine ein absehbares Ende nehmen würde, worauf derzeit wenig hindeutet, die finanziellen Belastungen durch hohe Verbraucherpreise insbesondere im Energie- und im Lebensmittelsektor werden allen Voraussagen nach auf hohem Niveau bleiben und uns alle zu einem Umdenken in vielerlei Lebensebenen zwingen.

Unser dringender Appell an die Niedersächsische Landesregierung ist daher klar und einfach formuliert:

Nehmen Sie die Sorgen, Nöte und Ängste unserer Beschäftigten endlich ernst und lassen Sie uns gemeinsam an Lösungen arbeiten, um im Rahmen unserer jeweiligen Möglichkeiten diesen Entwicklungen entgegenzutreten. Wir brauchen jetzt klare Signale seitens der Landespolitik, wie sie sich die Finanzierung des öffentlichen Dienstes und seiner Beschäftigten in den kommenden Jahren vorstellt.

So müssen nach unserer festen Überzeugung noch vor der Landtagswahl endlich nachhaltige Programme vereinbart werden, um die Attraktivität des öffentlichen Dienstes in Niedersachsen deut-

lich zu verbessern. Dieses bezieht sich auf alle Bereiche des öffentlichen Dienstes und umfasst sowohl allgemeine Anpassungen und Perspektiven der Strukturen, genauso aber einzelne Komponenten beispielsweise im Bereich des Zulagenwesens.

So fordern wir die Landespolitik auf, endlich im Ergebnis einen ressortübergreifenden Perspektivweg im Interesse der Beschäftigten und der allgemeinen Daseinsvorsorge zu vereinbaren. Gleichzeitig mahnen wir weiterhin die Vorlage zukunftsweisender Konzepte zur Kompensation des dringend erforderlichen Personalbedarfs nachdrücklich an. Die Auswirkungen der Demografieentwicklung spüren wir deutlich und das von uns immer kritisierte „Auf-Sicht-Fahren“ in der Personalplanung schlägt jetzt, auch vor dem Hintergrund der zunehmenden gesamtgesellschaftlichen Krisensituationen, im Ergebnis für unsere Beschäftigten nachhaltig durch.

Die Forderungen des Niedersächsischen Beamtenbundes und Tarifunion an die Politik sind konkret und konzeptionell begründet. In diesem Jahr müssen wir gemeinsam die Weichen stellen für eine bessere Zukunft des öffentlichen Dienstes. Nur halbherzig formulierte Absichtserklärungen oder der stetige Verweis auf ein Handeln nach Kassenlage werden die Sorgen der Kolleginnen und Kollegen in Niedersachsen nicht mindern.

Ihr/Euer

Alexander Zimbehl
1. Landesvorsitzender Niedersächsischer Beamtenbund und Tarifunion



> Alexander Zimbehl,
1. Landesvorsitzender

Impressum

Herausgeber: NBB Niedersächsischer Beamtenbund und Tarifunion, Raffaelstraße 4, 30177 Hannover. **Telefon:** 0511.3539883-0. **Telefax:** 0511.3539883-6. **E-Mail:** post@nbb.dbb.de. **Internet:** www.nbb.dbb.de. **Bankverbindung:** BBBank Karlsruhe, BIC: GENODE61888, IBAN: DE07 6609 0800 0005 4371 56. **Redaktion:** Alexander Zimbehl (1. Landesvorsitzender), Azra Kamber (Landesgeschäftsführerin). **Verantwortlich für den Inhalt:** Alexander Zimbehl, Raffaelstraße 4, 30177 Hannover. Beiträge mit Autorengabe stellen nicht unbedingt die Meinung des NBB dar. **Verlag:** DBB Verlag GmbH. **Internet:** www.dbbverlag.de. **E-Mail:** kontakt@dbbverlag.de. **Verlagsort und Bestellschrift:** Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40.

Titelfoto: © DSTG

Herstellung: L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern. **Layout:** Dominik Allartz.

Anzeigen: DBB Verlag GmbH, Mediacenter, Dechenstraße 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0. **Telefax:** 02102.74023-99. **E-Mail:** mediacenter@dbbverlag.de. **Anzeigenleitung:** Petra Opitz-Hannen, **Telefon:** 02102.74023-715. **Anzeigenverkauf:** Andrea Franzen, **Telefon:** 02102.74023-714. **Anzeigendisposition:** Britta Urbanski, **Telefon:** 02102.74023-712. **Preisliste 26**, gültig ab 1.1.2022. **Redaktionsschluss:** Redaktionsschluss für diese Ausgabe war der 27.04.2022

Bezugsbedingungen: Erscheint 10-mal jährlich. Bezugspreis für Nichtmitglieder pro Jahr 19,90 Euro. Für Mitglieder ist der Bezugspreis durch Mitgliedsbeitrag abgegolten. Bezug nur durch die Post. Einzelstücke durch den Verlag.

Vertretertag VNL/VDR

Auf dem 28. Landesvertretertag des VNL/VDR, der unter dem Motto „Leistung in der Schule – fit für den Beruf“ am 21./22. April 2021 in Hannover stattfand, wurde der bisherige Vorsitzende Torsten Neumann mit überwältigender Mehrheit wiedergewählt.

Ihm zur Seite stehen als stellvertretende Vorsitzende Diana von Harten aus Hatten-Sandkrug, Matthias Fricke aus Braunschweig und Klaus-Jürgen Maurer aus Wunstorf sowie als Geschäftsführer Ottmar Framke aus Barsinghausen. Als Schriftwart wurde der Celler Karlheinz Kaden wiedergewählt. Dieter Beckmann aus Sandkrug ist als Landeskassenwart in seinem Amt bestätigt worden.

Der VNL/VDR vertritt die Interessen aller Lehrkräfte an den Schulen im Sekundarbereich I insbesondere an den Realschulen, Hauptschulen, Oberschulen und Gesamtschulen.

Mit dem Motto wurde auf die Wichtigkeit einer gelingenden Berufsorientierung hingewiesen. Gerade zum Ende der Schulzeit im Sekundarbereich I ist es wichtig, dass die Schülerinnen und Schüler in die Lage versetzt werden, über ihre berufliche Zukunft Bescheid zu wissen.

Der seit Jahren immer größer werdende Lehrkräftemangel gefährdet diese schulische Aufgabe jedoch enorm. Auch deshalb muss der Lehrkräfteberuf deutlich

attraktiver gemacht werden. Darin sind sich die Delegierten alle einig gewesen.

Der VNL fordert seit Langem eine Besoldung mindestens nach A 13 für alle Lehrkräfte, auch für die Grund-, Haupt- und Realschullehrer. Nur so können neue Lehrkräfte in Niedersachsen zukünftig gewonnen und die bereits im Dienst befindlichen Lehrkräfte gerecht entlohnt werden.

Die Belastungen und Aufgaben für Haupt- und Realschullehrer seien in den



> Torsten Neumann, Landesvorsitzender VNL



> Alexander Zimbehl, 1. Landesvorsitzender NBB

vergangenen Jahren stetig gewachsen, der Job werde immer unattraktiver. Gerade die beiden Coronajahre hätten ihre Spuren hinterlassen, nun kommen neue Herausforderungen durch die Ukraine-Flüchtlinge hinzu.

Neumann sagte in diesem Zusammenhang: „Es freut uns, dass unser Ministerpräsident Stephan Weil das nun endlich auch erkannt und auf die Fahnen der SPD für den anstehenden Wahlkampf geschrieben hat. Es darf jedoch nicht nur bei werbewirksamen Parolen bleiben, es muss die zeitnahe Umsetzung, die schon längst überfällig ist, erfolgen.“

Der NBB gratuliert Torsten Neumann zur Wahl und wünscht ihm und dem Vorstand alles Gute für die künftige Zusammenarbeit.



Wegstreckenentschädigung und Reisekosten müssen angehoben werden!

Im niedersachsen magazin 4/2022 haben wir darüber berichtet, dass der NBB den Ministerpräsidenten angeschrieben und eine Anhebung der Wegstreckenentschädigung gefordert hat, da die derzeitige Preisentwicklung des Treibstoffmarktes die Beschäftigten des Außendienstes stark belastet.

AG-HPR-Resolution

Anfang April hat sich dann die AG HPR – der Zusammenschluss aller Mitglieder in den Hauptpersonalräten, die einer NBB-Mitgliedsgewerkschaft angehören – mit einer Resolution an die Landesregierung gewandt:

Angesichts der – nicht zuletzt im Zusammenhang mit der Krisensituation in der Ukraine – deutlich gestiegenen Energiepreise sind weite Teile der Gesellschaft zunehmend betroffen und auch die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes nehmen erhebliche Einschnitte in die eigene Lebenssituation wahr.

So belastet die derzeitige Entwicklung der Treibstoffpreise zusätzlich auch diejenigen, die auf die Nutzung ihres privaten Kraftfahrzeuges zur ausschließlichen Durchführung ihrer dienstlichen

Verpflichtungen angewiesen sind.

Die bestehenden Regelungen des niedersächsischen Reisekostenrechts, dabei insbesondere die aktuelle Höhe der Wegstreckenentschädigung von maximal 0,30 Euro, sind mittlerweile nicht einmal mehr im Ansatz ausreichend, die tatsächlich entstehenden Kosten bei der Nutzung des privaten Pkw zur dienstlichen Veranlassung abzudecken.

Dabei weist die AG HPR im NBB darauf hin, dass eine Anpassung dieser Wegstreckenentschädigung letztmalig zu Beginn dieses Jahrhunderts erfolgte.

Gleichzeitig stehen den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes Alternativen des öffentlichen Personennahverkehrs oftmals nicht zur Verfügung, insbeson-

dere nicht zum durchgehenden Erhalt des aktuellen Status quo der geforderten und erbrachten Dienstleistung der Beschäftigten.

Forderung: Anpassung Reisekostenrecht

Die AG HPR im NBB fordert die Niedersächsische Landesregierung auf, nunmehr unmittelbar diesen Entwicklungen Rechnung zu tragen und das niedersächsische Reisekostenrecht unmittelbar den Gegebenheiten anzupassen, um eine möglichst kostendeckende Entschädigung zu erzielen.

Die AG HPR macht in diesem Zusammenhang ihre große Sorge deutlich, dass andernfalls zum einen weiterhin die Belastungen durch die Beschäftigten auszugleichen sein werden, zum anderen die Funktionsfähigkeit

unserer niedersächsischen Verwaltung nachhaltig eingeschränkt sein dürfte.

Aktion: Wir lassen das Auto stehen!

Eine landesweite Aktion aufgrund der aktuellen Situation hatte die DSTG gestartet.

Sie rief unter dem Motto „Wir lassen das Auto stehen!“ dazu auf, dass alle circa 2.000 Kolleginnen und Kollegen der Betriebsprüfung, der Steuerfahndung und des Volltreckaußendienstes am 20. April 2022 ihr Auto stehen lassen und stattdessen den ÖPNV nutzen und/oder im Homeoffice oder im Finanzamt arbeiten.

Der Aufruf zu dieser Aktion erfolgte auch unter dem Eindruck einer ablehnenden Antwort von Finanzminister Hilbers auf einen Brief der DSTG mit der Forderung, die Wegstreckenentschädigung zu erhöhen.

Seine Antwort: Er sei zur sparsamen Haushaltsführung verpflichtet! Die DSTG konstatierte, er spare damit auf Kosten der Beschäftigten und dies sei nicht länger hinnehmbar.

Die durchgeführte Aktion erzielte durchaus öffentliche Wahrnehmung. So wurde mit dem Arbeitskreis für Haushalt und Finanzen der SPD-Landtagsfraktion ein Gespräch geführt und das Argumentationspapier „Zahlen-Daten-Fakten“ überreicht, das die Forderung eindeutig untermauert. Auch das Politikjournal „Rundblick“ berichtete über diese Aktion.





Am 20. April blieben unzählige Pkw symbolisch für einen Tag stehen. Diese Konsequenz solle aber nicht auf Dauer drohen, so die DSTG.

Denn am Ende zahlen alle Steuerbürgerinnen und Steuerbürger die Zeche dafür, dass mit der Blockadehaltung der Landesregierung Steuerhinterziehungen Tür und Tor geöffnet werden.

■ Kleine Anfrage der FDP

Die FDP-Fraktion hat bereits am 23. März 2022, auch auf Anregung der DSTG, eine Kleine Anfrage (Lt-Drs. 18/11012) zu dieser Thematik in den Landtag eingebracht.

Mehr dazu in der nächsten Ausgabe. ■

Bildungspolitik in Niedersachsen Zwei Jahre Bildung in Corona-zeiten – Bildungsverbände des NBB fordern stringentes Handeln! „Die Pandemie ist noch lange nicht beendet!“

Im Rahmen eines Pressegespräches nahmen am 26. April die fünf Landesvorsitzenden der Bildungsverbände, – BLVN, PHVN, VBE, VLWN, VNL/VDR – zusammen mit dem Niedersächsischen Beamtenbund zu aktuellen Bildungsfragen Stellung.

Zunächst ging Alexander Zimbehl, 1. Landesvorsitzender des Niedersächsischen Beamtenbundes und Tarifunion, auf die aktuelle Situation des öffentlichen Dienstes und insbesondere des Bildungssystems ein. Dabei betonte er unter anderem die besonderen Herausforderungen auch für den öffentlichen Dienst und den Bildungsbereich, die sich gerade vor dem Hintergrund der kriegerischen Auseinandersetzungen in der Ukraine und den derzeit festzustellenden Flüchtlingsströmen nach Deutschland abzeichnen.

Übereinstimmend kamen alle Vertreter der Bildungsverbände zu dem Schluss, dass die Coronapandemie die vorhandenen Mängel im Bildungssystem zum einen verstärkt und zum anderen noch offensichtlicher gemacht habe. Das zeigen in erschreckender Weise die aktuellen Zahlen der schlechtesten Unterrichtsversorgung in Niedersachsen seit fast 20 Jahren mit nur noch 97,4 Prozent.

Franz-Josef Meyer, Landesvorsitzender des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE), kritisiert dabei insbesondere die Kultusministerkonferenz und das Niedersächsische Kultusministerium für ihren Umgang zur Frage des Präsenzunterrichts. So hat aus seiner Sicht die Politik bei der Abwägung zwischen dem Gesundheitsschutz und dem Unterricht vor Ort in der Regel Entscheidungen zugun-

> Erhöhung Wegstreckenentschädigung

Antwort des MF auf unser Schreiben an den MP

Kurz vor Redaktionsschluss haben wir eine Antwort des Finanzministeriums auf unser Schreiben an den Ministerpräsidenten erhalten.

Es wurde unter anderem Folgendes mitgeteilt:

„... Sofern jedoch infolge dauerhaft signifikant gestiegener Energiekosten eine Erhöhung der grundlegenden Entfernungspauschale beschlossen würde beziehungsweise die Energiepreise sowie sonstige Kosten, die durch den Betrieb eines Kraftfahrzeuges entstehen, voraussichtlich auf einem dauerhaft deutlich höheren Niveau verbleiben, wird daher im Sinne der vorgenannten Erläuterungen auch bezüglich der reisekostenrechtlichen Wegstreckenentschädigung – in ergebnisoffener Abstimmung mit dem Bund und den anderen Ländern – neu zu beurteilen sein, in welcher Form im Interesse der Bediensteten weiterhin eine zur Deckung der notwendigen zusätzlichen Kosten auskömmliche Reisekostenerstattung gewährleistet werden kann.“

Im Zusammenhang mit der aktuellen Situation und dem daraus resultierenden hohen Stand der Kraftstoffpreise werden derzeit bereits Gespräche geführt, die politische Willensbildung ist jedoch noch nicht abgeschlossen.“

Mit dieser Antwort geben wir uns selbstverständlich nicht zufrieden, sondern werden weitere Gespräch dazu führen.

ten des Präsenzunterrichts getroffen.

Dazu Franz-Josef Meyer: „Obwohl dies pädagogisch richtig ist, wurden aber die dafür notwendigen Rahmenbedingungen nicht geschaffen. Ob Impfung, Lüftungsanlagen oder die Umsetzung der grundlegendsten Hygieneschutzmaßnahmen: Um alles mussten Lehrkräftevertretungen lange kämpfen, um einen Mindestschutz für das Lehrpersonal und die Kinder und Jugendlichen zu erreichen.“

Auch der interne Umgang mit den Lehrkräften gibt bei Franz-Josef Meyer Anlass für deutliche Kritik: „Ständige Zuweisung neuer Aufgaben, mangelhafte Kommunikation durch die politisch Verantwortlichen und Mehrfachbelastungen, etwa durch Online-, Wechsel-, Präsenzunterricht und Notfallbe-

treuung bei gleichzeitigen coronabedingten Personalausfällen führen zu einer Entgrenzung der Arbeitszeit mit Auswirkungen auf die psychische und physische Gesundheit.“

Meyer und die weiteren Vertreter der Bildungsverbände fordern in diesem Zusammenhang die niedersächsische Landespolitik erneut und nachhaltig dazu auf, diesen Managementproblemen im Interesse der Beschäftigten entgegenzutreten.

Ralph Böse, Landesvorsitzender des Berufsschullehrerverbandes (BLVN), machte sowohl Lob als auch Kritik im Zusammenhang mit der Arbeit des Kultusministeriums in den vergangenen zwei Jahren deutlich. Dabei bewertete er durchaus positiv, dass man seitens des Kultusministeriums in Fragen des Krisenmanagements versucht habe,



mit den Interessenvertretungen der Beschäftigten ins Gespräch zu kommen und gemeinsame Lösungen zu erarbeiten.

Auch der Umstand der Entwicklung eines inzidenzbasierten Plans wurde durch Ralph Böse aus Sicht seines Verbandes durchaus positiv erwähnt. Gleichzeitig bemängelt Böse nach wie vor die Reaktionsfähigkeit des Kultusministeriums auf neue Pandemieentwicklungen.

„Beispielsweise hat die Entscheidung zugunsten einer Maskenpflicht in Schulen aus unserer Sicht viel zu lange gedauert und wäre angesichts der deutlich steigenden Infektionszahlen gerade bei Kindern und Jugendlichen überfällig gewesen“, so Ralph Böse.

Darüber hinaus bemängelt Böse nachhaltig das Nichtreagieren des Kultusministeriums insbesondere in den Sommerferien 2021 auf die absehbare Pandemieentwicklung, obwohl dies von den Bildungsverbänden wiederholt angemahnt wurde. „Man konnte den Eindruck gewinnen, dass aus Sicht des Niedersächsischen Kultusministeriums die inzwischen vorherrschende Omikron-Variante nicht so schlimm wäre, als dass größere Vorsichtsmaßnahmen nötig seien“, so Böse weiter.

Christoph Rabbow, Vorsitzender des Philologenverbandes (PHVN) in Niedersachsen, ging

im Schwerpunkt auf die aktuelle Situation der Lehrkräftegewinnung und Lehrkräfteausbildung in Niedersachsen ein. Dabei formulierte er deutliche Kritik an der Schwerpunktsetzung des Niedersächsischen Kultusministeriums. „Während die Schulen mit ständigen Vorgaben der Kultusministerien durch die Krise begleitet wurden und früh das Gebot ausgegeben wurde, keine Schülerin und kein Schüler möge aufgrund von Corona einen Bildungsnachteil erhalten, wurde die Lehrkräftegewinnung und -ausbildung in den letzten beiden Jahren nicht nur sträflich vernachlässigt, sondern auch inhaltlich völlig aus den Augen verloren!“, so Christoph Rabbow.

Während die Kultusministerkonferenz und damit auch der Niedersächsische Kultusminister aktuell den Bedarf an neuen Lehrkräften auf 14.000 Stellen errechnen, geht der Philologenverband von einem deutlich düsteren Bild aus. „Nach unseren Prognosen fehlen in Deutschland bis 2030 etwa 80.000 neue Lehrkräfte“, so Rabbow weiter.

Diesen deutlichen Unterschied zu den Zahlen der Kultusministerkonferenz erklärt sich Rabbow bereits durch vollkommen abweichende Vorstellungen zu den Qualitätsstandards. „In den konservativ angestellten Berechnungen ist ein Mehrbedarf für kleinere Klassengrößen, den



Ausbau des Ganztagsbetriebs, die Inklusionsaufgaben in Schule, die Senkung des Stundendeputats zugunsten eines Mehrs an Beziehungsarbeit oder das Eingehen auf stark heterogene Lerngruppen noch nicht einmal berücksichtigt.“

Die Problematik der Ausbildung von Lehrkräften wirkt sich nach Auffassung von Torsten Neumann, Landesvorsitzender des Verbandes Niedersächsischer Lehrkräfte (VNL/VDR), insbesondere im Bereich der Inklusion frappierend aus. So sieht Neumann die Umsetzung einer gelingenden Inklusion durch den eklatanten Mangel an Lehrkräften und Unterstützungspersonal behindert und spricht sich für ein Fortbestehen der Förderschule mit dem Förderschwerpunkt Lernen ab Jahrgangsstufe 5 über das Schuljahr 2022/23 hinweg aus.

„Seit 2013 ist jede Schule in Niedersachsen eine inklusive Schule und seit nunmehr neun Jahren läuft die Inklusion in Niedersachsen an vielen Schulen noch immer nicht rund, trotz zahlreicher Initiativen. Das Hauptproblem ist von Anfang an die unzureichende personelle Ausstattung der Schulen. Es fehlen nicht nur ausgebildete Fachkräfte für Förderschulpädagogik, es fehlt an vielen Schulen eine ausreichende Anzahl von Lehrkräften überhaupt“, so Torsten Neumann.

Ergänzend bemängelt Neumann dabei, dass nach wie vor nicht genügend multiprofessionelle Teams vorhanden sind,

trotz vollmundiger Ankündigungen des Kultusministeriums. Dabei benötigt Inklusion Unterstützungspersonal in großer Anzahl, wenn man allen Schülerinnen und Schülern gerecht werden will. Die Pandemiezeit hat die Probleme gerade bei den inklusiv beschulten Schülerinnen und Schülern besonders deutlich offengelegt.

Abschließend macht Torsten Neumann zusammenfassend deutlich: „Ziel muss weiterhin sein, dass die Bedingungen für die Umsetzung einer gelingenden Inklusion nach so langer Zeit endlich geschaffen werden. Neben mehr qualifiziertem Personal wie genügend Förderschullehrkräften und multiprofessionellen Teams bedarf es einer effektiveren Lehrkräftefortbildung.“

Mit Blick auf die digitale Transformation und die gesellschaftliche Disruption ruft Joachim Maiß, Vorsitzender des Verbandes der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen in Niedersachsen (VLWN), dazu auf, Schule auf allen Ebenen neu zu denken und intelligente Konzepte zu entwickeln.

Allen voran muss die berufliche Bildung durch multiprofessionelle Teams gestärkt und so zukunftssicher aufgestellt werden. „Sie sind sozial notwendig, technisch zwingend, entlastend und effizienzsteigernd. Denn Lehrkräfte sind Professionals im Lehren und Lernen! Sie sind nur bedingt Experten in psychologisch-sozialen Fragestellungen, die nicht erst seit Corona ständig zunehmen und





durch die kommenden ukrainischen Jugendlichen eine neue Dimension annehmen werden. Sie sind auch keine Administratoren, um Computernetzwerke am Laufen zu halten. Und sie sind schon mal gar keine Softwareentwickler, die digitale Lerninhalte produzieren. Auf all diesen Feldern brauchen Schülerinnen und Schüler sowie Lehrkräfte dringend Unterstützung“, so Joachim Maiß.

Neben Lehrkräften ergänzen nach Ansicht von Maiß unterschiedlichste Fachdisziplinen multiprofessionelle Teams. „Das sind Sozialpädagogen, Psychologen, technische Assistenten, Medienpädagogen, Mediengestalter für digitale Lernmedien und digital kompetentes Schulverwaltungspersonal“, führt Joachim Maiß weiter aus. „So setzt sich das Schulteam der Zukunft zusammen, um alle Aufgaben, die die berufliche Bildung zu leis-

ten hat, auch schultern zu können und damit bestmöglichen Unterricht zu gestalten.“

Zusammenfassend zeigen sich die im Niedersächsischen Beamtenbund und Tarifunion organisierten Bildungsverbände gegenüber dem Kultusministerium unter Kultusminister Tonne enttäuscht über die nach wie vor nicht erfüllten Hinweise und Forderungen aus dem Kreise der gewerkschaftlichen Praktiker.

Einhellig wurde darauf hingewiesen, dass die Pandemie – unabhängig politischer Öffnungsentscheidungen – zweifelsfrei nicht beendet ist. Vielmehr nehmen die Ansteckungsraten bei Kindern und Jugendlichen deutlich zu. Allein dieser Umstand sollte für Kultusministerium und Landesregierung im Interesse der betroffenen Lehrkräfte, Eltern sowie Schülerinnen und Schülern jetzt Anlass zum sofortigen Handeln sein. ■

Seniorenvertretung des NBB

Faire Alimentation der Versorgungsempfängerinnen und -empfänger des Landes Niedersachsen

Die Landesseniorenvertretung des NBB hat sich mit einem Schreiben an den Niedersächsischen Ministerpräsidenten Stephan Weil gewandt und fordert eine faire Alimentation der Versorgungsempfängerinnen und

-empfänger des Landes Niedersachsen.

Das Schreiben wurde weiterhin an den Finanzminister Reinhold Hilbers, die Fraktionsvorsitzenden im Niedersächsischen Land-

tag, die Landesvorsitzenden von B'90/Die Grünen, CDU, FDP und SPD, die AG der SPD 60plus, Klaus Kaiser, Senioren-Union Niedersachsen, Rainer Hajek, und Liberale Senioren Niedersachsen, Nicole Bracht-Bendt, versandt.

Das ausführliche Schreiben an den Niedersächsischen Ministerpräsidenten finden Sie unter Aktuelles auf unserer Website www.nbb.dbb.de. ■

„Jeder will alt werden, aber niemand alt sein“

Am 28. und 29. März 2022 fand das Seminar der dbb akademie in Zusammenarbeit mit der Landesseniorenvertretung des NBB in Hannover statt.

Am ersten Tag der Veranstaltung erläuterte der 1. Vorsitzende des NBB, Alexander Zimbehl, Probleme der aktuellen Gewerkschaftsarbeit. In seinem Vortrag ging er insbesondere ein auf die Coronasonderzahlung in 2022, die die Seniorinnen und Senioren nicht erhalten haben. Diese Einmalzahlung basiert auf dem Tarifabschluss 2021, der davon geprägt war, dass die Arbeitgeber den „Arbeitsvorgang“ neu definieren wollten. Aufgrund der Übertragung des Tarifabschlusses auf den Beamtenbereich liegen zwischen den linearen Gehaltsanpassungen 21 Monate (1. März 2021 bis 1. Dezember 2022). In diesem

Zeitraum erhalten die aktiven Beschäftigten die Einmalzahlung und die jährliche Sonderzahlung (das sogenannte Weihnachtsgeld). Diese Sonderzahlungen verbessern die Einkommenssituation der Aktiven in diesem langen Zeitraum und gleichen damit teilweise die rasant steigenden Lebenshaltungskosten aus. Ein Ausgleich der steigenden Lebenshaltungskosten durch Einmalzahlungen sind für die Versorgungsberechtigten bislang nicht vorgesehen.

Neben dem Thema „Gesund und bewegt älter werden“ ging es in einem weiteren Seminarabschnitt um die Lebensphase „Alter“. Referent war der Gerontologe (Alterswissenschaftler) Herr Ney. Er begann mit der Aussage: „Jeder will alt werden, aber niemand alt sein.“ Dieser Satz beschreibt schon die

Schwierigkeiten bei der Definition des Alters. Dazu kommt, dass in unserem Kulturkreis in den letzten circa 50 Jahren der Begriff „Alter“ negativ belegt wurde. In anderen Kulturkreisen und früher in unserer Gesellschaft war der Begriff positiv belegt.

Aber was ist eigentlich alt? Das biologische Alter eines Organismus wird durch dessen Vitalität charakterisiert und die hat beim Menschen mit circa 25–40 Lebensjahren ihren Höhepunkt. Danach sinkt die Vitalität und das so definierte Altern beginnt. Bei der Deutschen Bahn gibt es die Senioren BahnCard ab dem 65. Lebensjahr, bei der Üstra im Raum Hannover die Seniorennetzwerke für Rentnerinnen und Rentner ab dem 60. Lebensjahr. Bei anderen Organisationen werden als Seniorinnen und Senio-

ren Personen bezeichnet, die das 55. Lebensjahr vollendet haben.

In der Wissenschaft wird derzeit teilweise unterschieden zwischen den „jungen Alten“ (55–69 Jahre), den „älteren Menschen“ (70–79 Jahre), den „Hochaltrigen“ (80–99 Jahre) und den „Langlebigen“ (ab 100 Jahre). Aber auch diese Einteilung ist nicht unproblematisch, wenn man von der Vitalität der Älteren ausgeht. Es gibt die Gruppe der „vitalen und lebenslustigen Seniorinnen und Senioren“, die „total fit“ ist, und andererseits die in Pflegeheimen untergebrachten kranken und pflegebedürftigen Seniorinnen und Senioren.

Die negative Belegung des Altersbildes wird in unserer Gesellschaft durch pauschale Vorurteile mit Sätzen wie „ältere



Menschen sind weniger leistungsfähig als jüngere Menschen“, „die Mehrheit älterer Menschen über 65 Jahre ist senil“, oder „alte Menschen erhalten zu viele Medikamente“ geäußert.

Wenn man sich aber die Statistiken anschaut, dann ist diese negative Zuordnung falsch. Beispielsweise sind in der Gruppe der jungen Alten kaum mehr Personen pflegebedürftig als in der Gruppe der unter 60-Jährigen. Auch in der Gruppe der über 90-Jährigen sind noch circa 20 Prozent nicht pflegebedürftig. Die Gruppe der Alten ist zu

heterogen für pauschale Zuordnungen.

Für den Sozialstaat ist das unentgeltliche Engagement der Älteren unentbehrlich. Die von Älteren erbrachten Leistungen in Vereinen und Organisationen, bei der Pflege – auch von Familienangehörigen – oder bei der Betreuung von Enkeln und so weiter wäre für den Staat unbezahlbar. Zunehmend werden Ältere wieder im Erwerbsbereich tätig, teilweise ist eine aktive Aufgabe für sie eine innere Befriedung, andererseits aber auch, da Altersarmut sie dazu zwingt.

Weitere Themen in dem Vortrag von Herrn Patrick Ney waren unter anderem die Digitalisierung (alle Menschen lernen lebenslang – aber unterschiedlich nach den verschiedenen Lebensphasen), die Einflüsse des sozialen Umfeldes und das Bildungsniveau des Personenkreises, aber auch die Wirtschaftskraft der Seniorinnen und Senioren sowie die Werbung für Produkte für Ältere.

Unsere Gesellschaft wird aufgrund der demografischen Daten älter. In den Vereinen, Organisationen und so weiter, aber auch in unseren Gewerkschaften

wird die Zahl der älteren Personen zunehmen. Die Organisationen müssen dieses bei ihrer Arbeit berücksichtigen.

Wichtig ist abschließend, dass die gesellschaftliche Einstellung zu den älteren Menschen positiver wird und ihre Leistung für die Gesellschaft mehr geschätzt wird. Insofern schloss sich der Kreis zu den Ausführungen des Kollegen Alexander Zimbehl. Versorgungsberechtigte verdienen eine Wertschätzung und dürfen unter anderem von ihrem Dienstherrn nicht von den Einmalzahlungen ausgeschlossen werden. ■

Aktuelles aus den Mitgliedsverbänden

■ Gewerkschaft für das Gesundheitswesen (GeNi)

 GeNi kämpft – wie bereits berichtet – um die Zahlung der monatlichen Pflegezulage für den Maßregelvollzug. Im Entwurf des Regierungsprogramms der CDU Niedersachsen finden sich dazu leider wieder nur Worthülsen. So titelt GeNi in der jüngsten Pressemitteilung: „Ist das Regierungsprogramm der CDU nicht ernst gemeint?“ Weiter heißt es dort: Die CDU hat sich im Entwurf ihres Regierungsprogramms für die Zeit nach der Landtagswahl ab September 2022 der „guten Pflege“ verschrieben. Demnach besteht dringender Handlungsbedarf, die Arbeitsbedingungen in der Pflege zu verbessern. Die zentrale Frage sei, ob es gelingen wird, in Zukunft ausreichend Personal zu finden, das geeignet, motiviert und flexibel zugleich ist. Die Antwort darauf wird entscheidend davon mitbestimmt werden, welche Maßnahmen die Politik ergreift.

Es muss endlich gezahlt werden!

Mehrfach haben sich sowohl Finanzminister Hilbers als auch

Ministerpräsident Weil für die Zahlung der monatlichen Pflegezulage auch im Maßregelvollzug ausgesprochen. „Aber dann muss sie auch endlich eingeführt und an die Pflegekräfte bezahlt werden“, kritisiert Jens Schnepel, GeNi-Vorsitzender. „Die Landespolitik versteckt sich hinter vagen Formulierungen und Programmsätzen, die uns nicht weiterbringen. Wir müssen doch mittlerweile davon ausgehen, dass die Politiker ihre eigenen Programme nicht ernst nehmen“, ergänzt er.

■ Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG)

 Anfang April berichtete „Hallo Niedersachsen“, dass noch nie so viele Datenmengen in einem Jahr wie in 2021 sichergestellt wurden: 7,5 Petabyte! Das entspricht 150 Millionen hoher Aktenschränke voller ausgedruckter Akten. Patrick Seegers, Landesvorsitzender der DPoIG, sagte in diesem Zusammenhang gerade hinsichtlich der Auswertung: „Das bedeutet, dass in Personal und Technik investiert werden muss, die diese Daten bearbeiten. Irgendwo sind menschliche Kapazitäten endlich, künst-

liche Intelligenz fängt da aber erst an. Das müssen wir nutzen.“

■ Bildungsverbände NBB (BLVN, PHVN, VBE, VLWN, VNL/VDR)

Ende März haben die Bildungsverbände im NBB eine gemeinsame Presseerklärung unter der Überschrift „Gemeinsames mit- und voneinander Lernen ist die beste Verteidigung demokratischer Werte“ abgegeben. Gemeinsam verurteilen sie den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Putins auf die Ukraine.

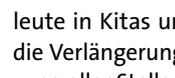
„Der kriegerische Angriff auf ein Land mit einer demokratisch legitimierten Regierung macht nicht nur betroffen, sondern betrifft uns auch unmittelbar. Präsident Selenskyj hat recht, dass im Konflikt mit der russischen Föderation europäische Werte, die für uns selbstverständlich erscheinen mögen, verteidigt werden. ... Unsere Aufgabe wird es sein, vom Krieg traumatisierte Kinder, denen im eigenen Land so viel Leid begegnet ist, humanitäre Hilfe in Form psychologischer Unterstützung anzubieten und mit sensibler pädagogischer Hand zu unterstützen.

 Dafür brauche man jetzt pragmatische Lösungen ohne große büro-

 krateische Hürden für alle Bildungseinrichtungen.

 Sprachförderklassen gehören ebenso dazu wie das Einbinden geflüchteter ukrainischer Lehrkräfte und Lands-

 leute in Kitas und Schule sowie die Verlängerung und die Besetzung aller Stellen schulpädagogischen Personals. Es muss gelingen, die ukrainischen Flüchtlinge in unsere Gesellschaft so gut es geht einzubinden. Ebenso werden wir jede Form von Gewalt gegen deutsch-russische Schülerinnen und Schüler unterbinden.

 Die vor uns liegenden Herausforderungen nehmen wir als Bildungsverbände im NBB verantwortungsbewusst an, denn ein gemeinsames mit- und voneinander Lernen ist die beste Verteidigung demokratischer Werte, des Friedens sowie des humanistischen Bildungsideals“, so die Vorsitzenden der Bildungsverbände. ■